

Ralph Weiß: Der Kampf um die Arbeitszeit im Spiegel der Presse. Öffentlichkeit als Medium des Alltagsbewußtseins.- Frankfurt/M., Bern, New York, Paris: Peter Lang 1989, 260 S., sFr 57,-

Nicht nur um die Rekonstruktion des ökonomischen Diskurses in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik am Beispiel des Arbeitskampfs in der Metall- und Druckindustrie 1984 geht es dieser Hamburger Dissertation. Ihren Autor interessiert darüber hinaus das Verhältnis von öffentlicher Meinung und Alltagsbewußtsein: die Angebote an Sinnbildung über komplexe (im konkreten Fall wirtschaftliche) Sachverhalte durch die Medien und ihre Bedeutung für das System der sozialen Deutungsmuster, die die Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln. Mit der theoretischen Orientierung an den Arbeiten Leithäusers und Roquettes zum Alltagsbewußtsein, aber auch mit der an Roland Barthes anschließenden Feststellung, bei der "öffentlichen Meinung" handele es sich um eine Denkmethode, die auf eine "Subsumtion ihrer Gegenstände unter etablierte Bewußtseinsfiguren" (S.5) ziele, sind wesentliche methodologische Prämissen formuliert.

In ihrem operativen Teil zielt die Untersuchung darauf, dasjenige Regel- und Prinzipienwissen zu identifizieren, das im öffentlichen Rasonnement zum Gegenstandsbereich der Ökonomie zirkuliert. Dies geschieht in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse sämtlicher Kommentare zum Arbeitskampf in den drei überregionalen Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung* und *Die Welt*. Als methodischer Leitfaden werden die Vorschläge van Dijks zur textimmanenten Analyse herangezogen, die es erlauben, Makropositionen zu eliminieren und ihre Funktion im Kontext der gesamten Argumentations-

struktur eines Kommentars zu bestimmen. Die Resultate, die sich aus der Textanalyse ergeben, lassen ein Höchstmaß an standardisierten Anschauungsformen über die bürgerliche Ökonomie in der Pressedarstellung erkennen, deren häufig offenbare Widersprüche von Weiß detailliert herausgearbeitet werden. Etwa am Beispiel der folgenden Generierungsregel des ökonomischen Diskurses, die im Tarifkonflikt 1984 besonders extensiv reproduziert wurde: Eine der beiden konfligierenden Parteien, das Kapital bzw. das Unternehmerinteresse, erfährt keine Personifizierung, stattdessen wird das Prinzip der Reichtumsproduktion mit Prozeßkategorien befaßt. So ist stereotyp von 'Aufschwung', 'Wachstum', 'Konjunktur' usw. die Rede, wobei diesen ökonomischen Bewegungen eine absolute Notwendigkeit zugeschrieben wird und diese damit als eine Regel erscheint, die Zwecke und Handlungen zwingend bindet. Der 'Aufschwung' wird wiederum nur als eine Funktion für anderes präsentiert, nämlich als Reaktion auf einen internationalen Strukturwandel. Zudem wird seine handlungsleitende Notwendigkeit allein negativ bestimmt, indem die 'internationale Konkurrenz' als Rechtfertigungsmotiv herangezogen wird. Insgesamt gerinnt die Bewegungsform, die das Ergebnis der Geschäftstätigkeit ausmacht ('Aufschwung') gleichzeitig zur entscheidenden Voraussetzung für den ökonomischen Prozeß. Die beliebte Prozeßmetaphorik führt noch dazu zu der paradoxen Situation, daß die an der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums beteiligten Subjekte letztlich keinen Einfluß auf die scheinbare Gesetzmäßigkeit der Entwicklungen nehmen können - und doch aufgerufen werden, im Sinne dieser verselbständigten Prozesse zu handeln.

Im abschließenden Kapitel versucht Weiß, Systematisch zu erfassen, wie solche Formen des öffentlichen Raisonnements theoretisch rekonstruierbare Schemata des Alltagsbewußtseins 'bedienen'. Als "Wissen ohne Bewußtsein" zeichne sich dieses durch ständige Erkundung von "Sachzwängen" aus, denen "Chancen" eigennützigem Handeln abgelauscht würden, die wiederum als "berechtigte Interessen" bestehen können und zu "gerechtem Lohn" führen. (S.237) Es gehe dem Alltagsbewußtsein deshalb um die diesem Ziel entsprechende Deutung der komplexen sozialen Umwelt und um beständige Selbstvergewisserung. Dazu stünden verschiedene Verarbeitungsmuster zur Verfügung, stereotype Schemata zur Erzeugung von Umweltstabilität, die auf jeden sozialen Sachverhalt übertragen zu werden trachten. Die öffentliche Meinung realisiere genau diese Anschauungs- und Urteilsweisen, was sich an den immer wieder aktualisierten Formen des Denkens und Argumentierens dokumentieren lasse. So destilliert Weiß aus seiner Inhaltsanalyse eine Reihe von Grundformen im öffentlichen Raisonement, zu denen u.a. gehören: die Tautologie, die Tatsachenprämisse, die Personalisierung (z.B. Feind- und Vorbildkonstruktionen), die Analogie, das Argumentieren mit Wertprämissen. Mit all diesen Formen 'erklärt' sich nichts, was den Ansprüchen an das analytische Denken (wie etwa dem wissenschaftlichen Diskurs über die bürgerliche Ökono-

mie) genügen würde. Und völlig zu Recht verweist Weiß auf die Struktur- und Funktionsidentität des Denkens und Sprechens in der Öffentlichkeit und im nichtspezifischen Alltag.

Ein Verdienst dieser Studie ist gerade die Beschreibung eines als quasi beständiger diskursiver Kreislauf zur gegenseitigen Stabilisierung von Denkformen zu begreifenden Prozesses zwischen Produzenten und Konsumenten von Medienaussagen. Ein anderes besteht darin, daß es ihr sehr intensiv gelingt, die scheinbar disparaten und kontingenten sprachlichen Bausteine und Argumentationsstrategien der Pressekommentatoren als einem relativ geschlossenen Vorstellungssystem zugehörige Elemente zu erfassen, was die mediale Konstituierung und Bewertung eines sozialen Ereignisses erst angemessen begreifbar macht. Allerdings scheint mir, daß die psychologische Perspektive in diesen Fragen noch zu kurz greift. Am Arbeitskampf 1984 lassen sich exemplarisch die Versuche einer Blockbildung von Politik und Presse gegen außergewöhnliche Forderungen einer oppositionellen Institution (der Gewerkschaften) nachvollziehen. Weiß stellt zu Recht fest, daß dieser Konflikt in der Hegemonie als ein "gesellschaftlicher Störfall" (S.197) aufgefaßt wurde, der mit der Normalität von friedlicher Sozialpartnerschaft kollidierte. Die Metapher ist treffend gewählt, denn der Streit um die 35-Stunden-Woche wurde ebenso als Streit um Grenzwerte inszeniert wie beim Tschernobyl-Störfall zwei Jahre später. Verfolgt wurde deshalb eine umfassende Normalisierungsstrategie (40 Stunden als absolute Grenze) durch die Mobilisierung aller möglichen Bestandteile des Systems der bildlichen stereotypen Anschauungsformen. Der in der 'sozialpartnerschaftlichen' Konstituierung der Bundesrepublik ohnehin tabuierte Antagonismus zwischen Kapitalisten (die deshalb auch kaum in der Presse existieren und durch die 'Konjunktur' ersetzt werden) und Lohnarbeitern wurde transferiert auf die Dichotomie von 'Arbeitsplatzbesitzern' vs. 'Arbeitslosen'. Die Gewerkschaftsfunktionäre wurden damit in die Position irrationaler Fundamentalisten versetzt, als 'Spinner', 'Geisterfahrer', 'ewig gestrige Klassenkämpfer' imaginiert, die das postulierte Gemeinwohl sowie ihre eigene Klientel verraten hätten. Daraus resultierten Feindbildkonstruktionen und reale Feindbilder: z.B. in Karikaturen von anachronistischen Funktionären im Inland, die den Feinden im Ausland (den 'Japanern') angeblich in die Hände arbeiteten. Da diese Kopplung von kollektiver Symbolik, Analogien, Mythen und Charakteren höchst automatisiert ist, lassen sie sich sehr schnell reaktivieren und werden vom Alltagsbewußtsein bereitwillig reproduziert. Dies gelingt generell um so überzeugender, wenn stereotype Anschauungsformen integriert werden, die aus anderen Bereichen als - wie hier - dem der Ökonomie entlehnt werden. Denn automatisierte, mit pejorativen Konnotationen versehene Symbole wie 'Fundamentalisten', 'Falschfahrer' oder 'unfaire Spieler' färbten unterderhand ab auf die gewerkschaftlichen Akteure im Tarifkonflikt.

Eine Analyse, die sich der Kommentierung eines gesellschaftlichen Konfliktfalls und ihrer Affinität zu den Raisonementformen des Alltagsbewußtseins widmet, wäre auf diese skizzierte Weise vielleicht fruchtbar mit einer von Foucault inspirierten Genealogie des Normalitätsdispositivs zu verbinden.

Siegfried Reinecke (Berlin)